



Niederschrift

Öffentlicher Teil

BUOW/23/2026/24-29

Gremium	Ausschuss für Bau, Umwelt, Ortsentwicklung und Wirtschaft
Sitzung am:	19.05.2026
Sitzungsort	Gemeindesaal, Lindenallee 14, 15366 Hoppegarten

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:43 Uhr

anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Thomas Scherler

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

~~Herr Steffen Molks~~ vertreten durch Herrn Volkmар Seidel

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Herr Tim Zahlmann

Mitglieder

~~Frau Sandra Bleckert~~ vertreten durch Frau Dorina Bauer

~~Herr Marc Ettlich~~ vertreten durch Uwe-Jens Handtke

Herr Dr. Frank Galeski

Herr Nico Körper

Sachkundige Einwohner/innen

~~Herr Andreas Dahn~~

Herr Detlef Herrmann

~~Frau Andrea Knihs~~

Herr Stephan Pluskat

Herr Klaus Reinhardt

Herr Stefan Werner Ziesecke

Bürgermeister/Verwaltung

Bürgermeister Herr Sven Siebert

Leiter FB I Herr Peter Große

FB I Herr Herger

abwesend:

Frau Sandra Bleckert (*entschuldigt*)

Herr Marc Ettlich (*entschuldigt*)

Frau Andrea Knihs (*entschuldigt*)

Herr Andreas Dahn (entschuldigt)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2	Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung
3	Feststellung von Ausschließungsgründen
4	Mitteilungen des Bürgermeisters
5	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
6	Einwohnerfragestunde
7	Anfragen der Ausschussmitglieder
8	Berichts- und Informationsvorlagen
9	Projektvorstellungen
9.1	Agri-Photovoltaik am Klärwerk Münchehofe
9.2	Projekt „Streuobstwiese an der Erpe“
9.3	Vorhaben Carenaallee 1-5
9.4	Gewerbecampus Hönow
9.5	Entwicklung Gewerbe südlich S-Bahnhof Birkenstein

Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende des Ausschuss BUOW, Herr Scherler begrüßt die Mitglieder des Ausschusses BUOW und die Mitglieder des Hauptausschusses unter der Leitung des (heutigen) Vorsitzenden Herr Steffen Molks zum gemeinsamen Sonderausschuss und eröffnet die Tagesordnung.

1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es wird die ordnungsgemäße Ladung der Sitzung festgestellt.

Der Ausschuss ist mit den o. a. anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 Ausschussmitglieder anwesend.

2 Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung

Herr Scherler erklärt, dass jedem Vorhabenträger möglichst 15 Minuten zur Verfügung stehen sollen, um sein Projekt vorzustellen. Im Anschluss wird jeweils eine Fragerunde eröffnet, an der sowohl die Ausschussmitglieder als auch die anwesenden Anwohner teilnehmen können. Die Fragerunde für die Anwohner ist zeitlich begrenzt und sollte 15 Minuten nicht überschreiten. Es wird darum gebeten, diesen Rahmen ausschließlich für Fragen und nicht für Stellungnahmen oder Wortbeiträge zu nutzen.

Abstimmung Ausschuss BUOW: Anwesend 7 Mitglieder

Ja	Nein	Enth
7	0	0

Der Ausschuss BUOW beschließt einstimmig die Änderung der Tagesordnung und die von Herrn Scherler vorgeschlagene Verfahrensweise.

3 Feststellung von Ausschließungsgründen

Keine.

4 Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine.

5 Mitteilung des Ausschussvorsitzenden

Keine.

6 Einwohnerfragestunde

Folgende Anfragen wurden gestellt:

Keine.

7 Anfragen der Ausschussmitglieder

Folgende Anfragen wurden gestellt:

***Herr Scherler** verweist auf die Empfehlung beziehungsweise den Beschluss aus der letzten Sitzung des Bauausschusses, wonach die Verwaltung beauftragt wurde, eine Abrissgenehmigung für das Auktionshaus zu beantragen. Er fragt nach dem aktuellen Stand des Verfahrens.*

***Herr Große** erklärt, dass die Empfehlung aus der letzten Bauausschusssitzung aufgegriffen wurde. Nach Kenntnis der Verwaltung seien für einen Abrissantrag jedoch verschiedene Gutachten erforderlich. Daher wurde bei der Bauordnungsbehörde angefragt, ob und in welchem Umfang entsprechende Nachweise vorzulegen sind. Die Abrissanzeige sei bislang noch nicht in unterschriebener Form eingereicht worden, da die erforderlichen Gutachten derzeit noch nicht vorliegen.*

***Herr Scherler** fasst die Antwort mit den Worten zusammen, dass bislang kein Antrag gestellt worden sei.*

***Herr Seidel** erkundigt sich anschließend nach dem Thema Fördermittel. Er fragt, ob ursprünglich vorgesehen war, Fördermittel für die Sanierung des Auktionshauses zu beantragen, ob entsprechende Anträge gestellt wurden, ob Förderzusagen oder Fördermittelbescheide vorliegen und ob die zuständige Behörde über die beabsichtigte beziehungsweise mögliche Abrissanzeige informiert wurde.*

***Herr Siebert** stellt klar, dass zu keinem Zeitpunkt eine Fördermittelzusage oder ein Fördermittelbescheid für den Erhalt des Auktionshauses vorgelegen habe. Es habe lediglich eine grundsätzliche Aussicht auf Fördermittel gegeben, sofern die Gemeinde die erforderlichen Eigenanteile für Sanierungsmaßnahmen im Haushalt eingeplant hätte. Entsprechende Haushaltsmittel seien jedoch nicht vorgesehen worden.*

.

8 Berichts-/ und Informationsvorlagen

Keine.

9. Projektvorstellungen

9.1 Agri-Photovoltaik am Klärwerk Münchehofe

Herr Scherler führt in den TOP ein und übergibt das Wort an:

Herrn Müller von Berliner Stadtgüter und/ Herrn Meinel von Berliner Stadtwerke

Der Vorhabenträger stellt sein Projekt vor.

Die entsprechenden Unterlagen/ Präsentationen sind im RIS eingestellt.

Folgende Anfragen wurden gestellt:

Herr Zahlmann erkundigt sich nach dem Mehrwert des geplanten Agri-PV-Projekts für den Ortsteil beziehungsweise die Gemeinde. Er weist darauf hin, dass es sich um eine landschaftlich geprägte Fläche handele, die nach Aussage des Vorhabenträgers durch die geplante Nutzung aufgewertet werden solle. Zudem fragt er, ob die Einwohner von Münchehofe von dem dort erzeugten Strom profitieren könnten, beispielsweise durch finanzielle Vorteile oder günstigere Strompreise.

Herr Meinel erläutert, dass die Gemeinde über den sogenannten „Solareuro“ profitieren würde. Bei einer Projektfläche von etwa 45 Hektar entspräche dies Einnahmen von rund 60.000 Euro jährlich. Darüberhinausgehende Leistungen müssten im weiteren Verlauf geprüft werden, da das Projekt wirtschaftlich tragfähig bleiben müsse. Denkbar seien beispielsweise Vergünstigungen bei den Stromkosten für die Einwohner von Münchehofe. Verbindliche Zusagen könnten zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht gemacht werden.

Herr Müller ergänzt, dass die Handlungsmöglichkeiten derzeit begrenzt seien. Der Solareuro werde an die Gemeinde gezahlt und fließe in den Gemeindehaushalt. Über die Verwendung der Mittel entscheide die Gemeinde im Rahmen ihrer Haushaltsplanung.

Herr Molks fragt, ob für die Umsetzung des Projekts die gesamte vorgesehene Fläche von 45 Hektar erforderlich sei oder ob auch eine kleinere Fläche ausreichen würde.

Herr Meinel erklärt, dass der Planungs- und Genehmigungsaufwand erheblich sei und das Vorhaben wirtschaftlich betrieben werden müsse. Eine Umsetzung auf etwa der Hälfte der vorgesehenen Fläche sei nicht rentabel.

Auf die Frage von Herrn Molks, ob eine Überschusseinspeisung des erzeugten Stroms vorgesehen sei, antwortet Herr Meinel, dass derzeit eine Volleinspeisung geplant werde. Eine Überschusseinspeisung sei bislang nicht Gegenstand der Planungen.

Herr Molks erkundigt sich weiter nach möglichen Stromtarifvergünstigungen für Anwohner sowie deren möglicher Höhe.

Herr Meinel erklärt, dass derzeit weder eine entsprechende Zusage noch Aussagen zur Höhe möglicher Vergünstigungen getroffen werden könnten. Zudem müssten bei entsprechenden Berechnungen die Verpflichtungen aus dem Solareuro berücksichtigt werden.

Herr Siebert nimmt Bezug auf die vorangegangene Ortsbeiratssitzung und weist darauf hin, dass dort eine sehr kontroverse Diskussion zum Vorhaben geführt worden sei. Aus seiner Sicht sei das Projekt zu Beginn der Vorstellung sehr positiv dargestellt worden. Im Verlauf der Sitzung seien zahlreiche Fragen und Bedenken geäußert worden, insbesondere hinsichtlich der Nähe zur Wohnbebauung, möglicher Auswirkungen auf Flora und Fauna, Zugvögel und Wildtiere sowie zu Themen wie Lärmentwicklung und Brandgefahr.

Herr Siebert führt weiter aus, dass eine Beschlussvorlage zu diesem Zeitpunkt nach seiner Einschätzung keine Mehrheit gefunden hätte. Vielmehr wäre aus dem Ortsbeirat voraussichtlich eine ablehnende Empfehlung an die Gemeindevertretung ausgesprochen worden.

Einwohnerfragestunde

Folgende Anfragen wurden gestellt:

Einwohner/-in: Fragt, welche konkreten Vorteile für den Ortsteil Münchehofe aus dem sogenannten Solareuro entstehen würden. Nach eigener Recherche sei gesetzlich vorgesehen, dass die Einnahmen zwar an die Gemeinde fließen, Ortsteile, in deren Gemarkung entsprechende Anlagen errichtet werden, jedoch angemessen berücksichtigt werden und eine Erhöhung des Ortsteilbudgets erfolgen solle.

Zwischenruf: Auch wenn Münchehofe allein 60.000 Euro bekäme, will keiner das dort haben.

-Ordnungsruf Herr Scherler-

VHT: Erklärt, dass über die Verwendung der Einnahmen aus dem Solareuro, hier ca. 60.000 € im Rahmen der kommunalen Haushaltsplanung durch die Gemeinde entschieden wird.

Einwohner/-in: Fragt nach der wirtschaftlichen Einordnung eines Batteriespeichers sowie nach dessen möglichem Standort.

VHT: Erklärt, dass im Falle einer Realisierung des Projekts auch ein Batteriespeicher berücksichtigt werden müsse. Entsprechende Festlegungen wären im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans zu treffen.

Einwohner/-in: Weist darauf hin, dass sich auf und um die geplante Fläche Pferdekoppeln befinden, und erkundigt sich nach der Führung des Netzanschlusses zur Stromübergabe. Zudem fragt er, ob eine ökologische Bewirtschaftung der Flächen vorgesehen sei.

VHT: Erklärt, dass die Kabel für den Netzanschluss unterirdisch verlegt werden sollen. Eine ökologische Bewirtschaftung der Flächen werde grundsätzlich begrüßt. Die konkrete Umsetzung hänge jedoch davon ab, welcher landwirtschaftliche Betrieb die Flächen künftig bewirtschafte.

Einwohner/-in: Fragt, wie sichergestellt werden könne, dass die Fläche ausschließlich für Agri-Photovoltaik genutzt werde und nicht zu einem späteren Zeitpunkt für eine Wohnbebauung, beispielsweise durch Einfamilienhäuser, zur Verfügung stehe.

VHT: Erklärt, dass die Festsetzungen des Bebauungsplans ausschließlich auf die Nutzung als Agri-Photovoltaikanlage ausgerichtet sein sollen. Über mögliche spätere Änderungen der Flächennutzung entscheide die Gemeinde.

Herr Herger: Ergänzt, dass ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werde. Änderungen der Festsetzungen seien nur im Rahmen eines Änderungsverfahrens und mit Zustimmung der Gemeindevertretung möglich.

Einwohner/-in: Verweist auf das Ziel, Klärwerke bis 2030 klimaneutral zu betreiben, und äußert sich unterstützend zum Agri-Photovoltaikvorhaben. Er fragt zudem nach möglichen Geräuscentwicklungen sowie nach Blendwirkungen der Anlage.

VHT: Erklärt, dass das Vorhaben im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens durch den Landkreis behördlich begleitet werde. Die erforderlichen Gutachten würden im Vorfeld durch den Vorhabenträger beauftragt. Die Einhaltung der geltenden Schallwerte sei sicherzustellen; entsprechende Nachweise seien durch den Vorhabenträger vorzulegen.

9.2 Projekt „Streuobstwiese an der Erpe“

Herr Scherler führt in den TOP ein und übergibt das Wort an Frau Lehnert und Herrn Guzi.

Der Vorhabenträger stellt sein Projekt vor.

Die entsprechenden Unterlagen/ Präsentationen sind im RIS eingestellt.

Folgende Anfragen wurden gestellt:

Herr Radach: Weist darauf hin, dass im Bereich Ravenstein derzeit keine Bebauung vorgesehen sei. Er führt aus, dass sich dort der Europawanderweg befinde, der freigehalten werden müsse. Aus früheren Erfahrungen, unter anderem im Zusammenhang mit einem unerwünschten Zaun, äußert er Bedenken. Er fragt, ob auch im Bereich der Streuobstwiese eine Einzäunung geplant sei. VHT: Erklärt, dass eine Einzäunung zum Schutz vor Wild vorgesehen sei, insbesondere im Bereich des Baumaufwuchses. Wanderwege würden durch die Planung nicht beeinträchtigt oder durchschnitten.

Frau Machel: Regt an, dass alle Schulen teilnehmen sollten, und fragt, ob ein „Tag der Streuobstwiese“ als Event möglich wäre.

VHT: Erklärt, dass eine Teilnahme aller Schulen sowie auch von Kitas ausdrücklich begrüßt werde. Auch Veranstaltungen bzw. Bildungsformate im Rahmen des Projekts seien grundsätzlich möglich.

Herr Molks: Fragt, ob eine Umsetzung im Rahmen einer Erbbaupacht denkbar sei.

VHT: Erklärt, dass der Ankauf der Fläche bevorzugt werde, da eine langfristige und dauerhafte Nutzung angestrebt werde.

Einwohnerfragestunde

Folgende Anfragen wurden gestellt:

Einwohner/-in: Einwohner/-in: Fragt, warum eine Kompensationsmaßnahme dieser Art (z. B. Entsiegelung im Zusammenhang mit Versiegelungen wie auf dem KWO-Gelände im Rahmen von Schulbauprojekten) mit einem Verkauf gemeindeeigener Flächen einhergehen müsse. Er weist darauf hin, dass die Dauer der Kompensationsmaßnahmen auf etwa 25 Jahre ausgelegt sei, während eine Erbbaupacht deutlich länger laufen könne. Zudem stellt er die Frage, warum Gemeindeland überhaupt an Private verkauft werden müsse und ob das Projekt „Streuobstwiese“ den einschlägigen Richtlinien als Kompensationsmaßnahme entspreche.

VHT: Erklärt, dass das Projekt im Vorfeld geprüft worden sei und als Kompensationsmaßnahme umgesetzt werden könne. Grundsätzlich könne die Gemeinde das Grundstück auch behalten; in diesem Fall obliege ihr jedoch die dauerhafte Pflege der Fläche.

9.3 Vorhaben Carenaallee 1-5

Herr Scherler führt in den TOP ein und übergibt das Wort an Herrn Hoffmann

Der Vorhabenträger stellt sein Projekt vor.

Die entsprechenden Unterlagen/ Präsentationen sind im RIS eingestellt.

Folgende Anfragen wurden gestellt:

Herr Arndt: Weist darauf hin, dass die Verkehrsströme bereits derzeit als stark belastend wahrgenommen werden, und fragt nach geplanten Maßnahmen zur Entlastung sowie nach möglichen Verkehrslösungen.

VHT: Erklärt, dass ein Verkehrsgutachten erstellt wurde, dessen Ergebnisse noch vorgetragen werden. Nach derzeitiger Untersuchung werde nicht mit einer wesentlichen zusätzlichen Verkehrsbelastung gerechnet, sodass keine neuen verkehrlichen Maßnahmen vorgesehen seien. Eine grundlegende Veränderung der Verkehrsinfrastruktur sei nicht geplant.

Herr Radach: Fragt, ob der bereits in den 1990er Jahren aufgestellte Bebauungsplan durch den Vorhabenträger überarbeitet worden sei. Zudem weist er darauf hin, dass der Ortsbeirat die im Plan dargestellte Geschosshöhe abgelehnt habe.

VHT: Erklärt, dass ein bestehender Bebauungsplan zugrunde liege und es sich derzeit noch um einen frühen Planungsstand handle, sodass konkrete Details noch nicht abschließend benannt werden könnten.

Herr Scherler: Fragt nach der erwarteten Entwicklung der Einwohnerzahl sowie nach der Anzahl der geplanten Wohneinheiten.

VHT: Gibt an, dass etwa 250 bis 300 Wohnungen sowie rund 500 bis 600 Einwohnerinnen und Einwohner geplant seien.

Herr Molks: Fragt, ob ausreichend Stellplätze geplant seien, da laut vorliegender Planung oberirdisch nicht genügend Stellplätze vorgesehen seien. Zudem erkundigt er sich, ob auch

unterirdische Stellplätze vorgesehen seien und welche Stellplatzanzahl nach Einschätzung des Vorhabenträgers als ausreichend angesehen werde.

VHT: Erklärt, dass sowohl oberirdische als auch unterirdische Stellplätze vorgesehen seien und die Planung sich an der geltenden Stellplatzsatzung orientiere.

Herr Molks: Fragt, ob eine dreigeschossige Bebauung insgesamt möglich sei.

VHT: Nimmt die Anregung zur Prüfung mit.

Herr Molks: Fragt, an welchen Objekten Gewerbeeinheiten vorgesehen seien.

VHT: Gibt an, dass Gewerbeeinheiten entlang der Karl-Weiss-Straße in den Erdgeschossen geplant seien.

Frau Bauer: Fragt nach dem Versiegelungsgrad des Vorhabens.

VHT: Erklärt, dass hierzu derzeit keine konkrete Angabe gemacht werden könne und dies noch geprüft werde. Der überwiegende Teil der Fläche sei bereits versiegelt; der zusätzliche Versiegelungsanteil müsse noch ermittelt werden.

Frau Bauer: Äußert, dass der Slogan „naturnahes Bauen“ nicht erkennbar umgesetzt werde, und fragt, ob eine Reduzierung der Gebäudeanzahl möglich sei.

VHT: Erklärt, dass dies noch geprüft werde.

Herr Zahlmann: Fragt, was gegen den bestehenden Bebauungsplan spreche und warum eine Änderung vorgesehen sei.

VHT: Erklärt, dass derzeit kein ausreichendes Interesse von Gewerbebetrieben an einer Ansiedlung bestehe und daher verstärkt Wohnnutzung vorgesehen werde.

Einwohnerfragestunde

Folgende Anfragen wurden gestellt:

Einwohner/-in: Fragt, ab wann mit dem Bau begonnen werden soll, und erkundigt sich nach der verkehrlichen Anbindung sowie den zu erwartenden Verkehrsströmen. Zudem wird nach einer möglichen Erneuerung bzw. einem Ausbau der Carenaallee und der Karl-Weiss-Straße gefragt sowie nach der Wasser- und Abwasserversorgung. Weiterhin werden mögliche Auswirkungen auf die Obere Bergstraße während der Bauphase angesprochen.

VHT: Erklärt, dass das Baugebiet über geplante Planstraßen erschlossen werden soll. Für die Wasser- und Abwasserentsorgung liege bereits eine Zusage des Versorgers vor, aufgrund der nun erweiterten Planung seien jedoch erneut Gespräche mit den Versorgern erforderlich. Hinweise zu einem möglichen Ausbau der Carenaallee und der Karl-Weiss-Straße seien dem Vorhabenträger bislang nicht bekannt; eine Vor-Ort-Besichtigung werde angeregt.

Einwohner/-in: Als Anwohnerin der Oberen Bergstraße, in etwa 50 Metern Entfernung zum geplanten Baugebiet, weist sie darauf hin, dass der Bereich seit Jahren auf eine Aufwertung warte. Sie führt aus, dass in der Vergangenheit gewerbliche Nutzungen aufgrund von Beschwerden bzw. rechtlichen Auseinandersetzungen nicht dauerhaft bestehen geblieben seien (u. a. Kranvermietung und Containerbetrieb). Sie fragt, wie künftig eine ordnungsgemäße Nutzung sichergestellt werden solle und wie Ordnung und Sicherheit auf dem Gelände bis zum Baubeginn gewährleistet werden. Zudem äußert sie Kritik am aktuellen Zustand des Grundstücks und bezeichnet es als ungeordneten bzw. vermüllten Zustand.

VHT: Bedankt sich für die Rückmeldung und erklärt, dass die bisherigen Mietverhältnisse nicht zufriedenstellend gewesen seien. Sollte das Gelände erneut vermietet werden, werde künftig stärker auf geeignete Nutzungen geachtet.

Einwohner/-in: Fragt, wie groß die geplante Wohnfläche tatsächlich sei, da offenbar eine Erweiterung des Vorhabens vorgesehen sei.

VHT: Gibt an, dass insgesamt rund 40.000 Quadratmeter Geschossfläche geplant seien, davon etwa 80 % Wohnnutzung und 20 % gewerbliche Nutzung.

Einwohner/-in: Weist darauf hin, dass der Knotenpunkt Neuer Hönower Weg aus ihrer Sicht verkehrlich problematisch sei und einer Lösung bedürfe.

VHT: Erklärt, dass hierzu derzeit kein aktueller Stand vorliege und die Anregung mitgenommen werde.

9.4 Gewerbecampus Hönow

Herr Scherler führt in den TOP ein und übergibt das Wort an Herrn Asmus

Der Vorhabenträger stellt sein Projekt vor.

Die entsprechenden Unterlagen/ Präsentationen sind im RIS eingestellt.

Folgende Anfragen wurden gestellt:

Herr Arndt: Gibt ein Statement ab und erklärt, dass ein Angebotsbebauungsplan aus seiner Sicht auszuschließen sei.

Frau Kämpf: Fragt, ob emissionsreiche Gewerbebetriebe ausgeschlossen werden können.

VHT: Erklärt, dass entsprechende Regelungen vertraglich festgesetzt werden können.

Herr Zahlmann: Äußert Bedenken zum Angebotsbebauungsplan und führt aus, dass die Gemeinde dadurch Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand gebe.

VHT: Zeigt Verständnis für die Sorge, weist jedoch darauf hin, dass Bebauungspläne dieser Größenordnung sehr umfangreich, langwierig und kostenintensiv seien. Für die Gemeinde könnten dabei schnell sechsstellige Kosten entstehen.

Herr Molks: Berichtet über die Genese des Gewerbecampus Hönow sowie den aktuellen Stand des Verfahrens.

Herr Scherler: Empfiehlt die Einberufung einer Sondersitzung des Ortsbeirates Hönow sowie des Ausschusses BUOW zum Thema „Gewerbecampus Hönow“.

Einwohnerfragestunde

Folgende Anfragen wurden gestellt:

Keine

9.5 Entwicklung Gewerbe südlich S-Bahnhof Birkenstein

Herr Scherler führt in den TOP ein und übergibt das Wort an Herrn Hamann und Herrn Bähn

Der Vorhabenträger stellt sein Projekt vor.

Die entsprechenden Unterlagen/ Präsentationen sind im RIS eingestellt.

Folgende Anfragen wurden gestellt:

Herr Molks: Fragt, ob die neun geplanten Gebäudeeinheiten zur Vermietung vorgesehen seien.

VHT: Bestätigt, dass eine Vermietung vorgesehen ist.

Herr Arndt: Fragt, an welche Art von Gewerbe vermietet werden solle und wie die verkehrliche Situation entschärft werden könne.

VHT: Erklärt, dass eine Vermietung an interessierte Gewerbetreibende aus der Region vorgesehen sei. Die verkehrliche Situation werde ebenfalls gesehen; hierzu finde eine

entsprechende Untersuchung statt.

Herr Scherler: Weist darauf hin, dass der Verkehr laut Planung über die Industriestraße abgeleitet werden solle und dass die aktuelle Verkehrssituation bereits stark belastet sei. Er fordert, dass dies zwingend in die Planung einfließen bzw. vorab geprüft werden müsse.

Herr Molks: Fragt nach dem aktuellen Planungsstand.

VHT: Erklärt, dass sich das Vorhaben derzeit im Stillstand befinde. Es werde auf ein positives Signal der Gemeinde gewartet; anschließend könne die Planung fortgeführt werden.

VHT: Merkt an, dass er vor ca. 11 Monaten bereits mit dem Projekt im Bauausschuss war. Damals konnte eine weitgehende Einigung erzielt werden. Im Nachgang kam es jedoch zu keinem Abschluss. Dies lag vermutlich auch daran, dass noch nicht abschließend beraten worden war, ob ein Teil der Brachfläche am S-Bahnhof Birkenstein an die Gemeinde veräußert werden könne. Nach internen Abwägungen, mit positivem Ergebnis, wurde der Gemeinde das gewünschte Teilflurstück zum Kauf angeboten – zu einem Preis unterhalb des Verkehrswerts. Eine Reaktion der Gemeinde blieb bislang leider aus.

Herr Scherler: Zeigt sich bestürzt darüber, dass die Verwaltung bzw. der Bürgermeister keinerlei Informationen zum Angebot an die Vertreter der Kommunalpolitik weitergeleitet habe. Er fragt den Bürgermeister nach dem Sachstand. Dieser möchte hierzu keine Ausführungen machen.

Herr Scherler: Regt an, dass die Gespräche zeitnah wieder aufgenommen werden sollten.

VHT: Fragt, wer im Falle einer Fortsetzung der Gespräche der zuständige Ansprechpartner sei.

Nach bisheriger Erfahrung sei die Verwaltung bzw. der Bürgermeister hierfür nicht die erste Wahl.

Herr Scherler: Bietet seine Unterstützung jederzeit an, verweist jedoch darauf, dass der Verwaltungsweg einzuhalten sei.

Herr Scherler: Nimmt den Tagesordnungspunkt erneut in den nächsten Ausschuss BUOW am 17.06.2026 auf. Zudem wird angeregt, dass der Bürgermeister eine entsprechende Drucksache vorbereitet.

Einwohnerfragestunde

Folgende Anfragen wurden gestellt:

keine

- Ende: 21:43 Uhr -

gez. Thomas Scherler
Vorsitzender des Ausschusses für Bau,
Umwelt, Ortsentwicklung und Wirtschaft

Für das Protokoll:
gez. Janina Fomm